

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004024/2026
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Marc Angel (S&D), Kim Van Sparrentak (Verts/ALE), Dainius Žalimas (Renew), Lukas Sieper (Renew), Carolina Morace (The Left), Olivier Chastel (Renew), Merja Kyllönen (The Left), Rasmus Nordqvist (Verts/ALE), Elio Di Rupo (S&D), Raquel García Hermida-Van Der Walle (Renew), Saskia Bricmont (Verts/ALE), Krzysztof Śmiszek (S&D), Kathleen Van Brempt (S&D), Catarina Vieira (Verts/ALE), Sigrid Friis (Renew), Marko Vešligaj (S&D), Joanna Scheuring-Wielgus (S&D), Sirpa Pietikäinen (PPE), Malik Azmani (Renew), Benedetta Scuderi (Verts/ALE), Brando Benifei (S&D), Birgit Sippel (S&D), Erik Marquardt (Verts/ALE), Matjaž Nemec (S&D), Irena Joveva (Renew), Pina Picierno (Renew), Catarina Martins (The Left), Daniel Freund (Verts/ALE), Robert Biedroń (S&D), Lucia Yar (Renew), Gordan Bosanac (Verts/ALE), Alessandro Zan (S&D), Katrin Langensiepen (Verts/ALE), Elisabeth Grossmann (S&D)

Betrifft: Inhaftierung von LGBTIQ+-Menschenrechtsverteidigern in der Türkei

In der Nacht vom 12. auf den 13. September nahmen die staatlichen Stellen der Türkei 162 Personen im Rahmen einer groß angelegten Polizeioperation fest, die sich gegen Personen richtete, die mit LGBTIQ+-Organisationen in Verbindung stehen. Bei etwa 50 bis 60 der Inhaftierten handelt es sich Berichten zufolge um LGBTIQ+-Menschenrechtsverteidiger und -Aktivisten. Außerdem durchsuchte die Polizei Wohnungen und Büros von LGBTIQ+-Organisationen und beschlagnahmte Ausrüstung. Der Operation vorausgegangen war am 12. September eine gerichtlich angeordnete Sperrung der Websites und Social-Media-Konten von LGBTIQ+-Organisationen. Weitere Inhaftierungen und Razzien könnten folgen.

1. Wird die Kommission die staatlichen Stellen der Türkei nachdrücklich auffordern, LGBTIQ+-Menschenrechtsverteidiger und -Aktivisten, die allein aufgrund ihres legitimen Einsatzes für die Menschenrechte und die Zivilgesellschaft inhaftiert wurden, unverzüglich freizulassen und sicherzustellen, dass alle Inhaftierten uneingeschränkten Zugang zu Rechtsanwälten und einem ordnungsgemäßen Verfahren haben?
2. Welche Schritte wird die Kommission unternehmen, um die staatlichen Stellen der Türkei nachdrücklich aufzufordern, die gezielte Verfolgung, Einschüchterung und Kriminalisierung von LGBTIQ+-Organisationen und anderen rechtmäßigen Organisationen der Zivilgesellschaft, unter anderem durch Razzien, willkürliche Beschränkungen und die Einmischung in ihre rechtmäßigen Tätigkeiten, unverzüglich einzustellen?
3. Auf welche Weise wird die Kommission ihren politischen Dialog mit der Türkei und ihre Unterstützung für die Zivilgesellschaft nutzen, um unabhängige LGBTIQ+- und Menschenrechtsorganisationen vor weiterer Unterdrückung zu schützen und klarzustellen, dass legitime zivilgesellschaftliche Aktivitäten und die internationale Finanzierung registrierter Organisationen nicht als Beweise für Fehlverhalten behandelt werden dürfen?

Eingang: 6.10.2026